

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges - Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW)

Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau

Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf

SOFA (Sofortiger Atomausstieg Münster)

uranium network

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG)

Internationale Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) - Deutschland

Gronau/Berlin/Münster/Essen, 16.08.2018

Urananreicherungsanlage Gronau / RWE

Nach jahrelangen Protesten heute erstmals Gespräch im RWE-Tower:

Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände fordern Ende der Urananreicherung!

RWE ist Anteilseigner an der Urananreicherungsanlage Gronau

Nach jahrelangen Protesten von Atomkraftgegnern und Umweltverbänden gegen die Beteiligung von RWE und EON an Urenco hat RWE für heute Nachmittag erstmals zu Gesprächen über die Urananreicherung im westfälischen Gronau in den RWE-Tower nach Essen eingeladen. An dem Treffen werden Anti-Atomkraft-Initiativen, die Ärzteorganisation IPPNW und ICAN Deutschland teilnehmen. Im besonderen Fokus der Gespräche stehen die Zukunft Urencos und der Urananreicherung in Gronau, der Urenco-Atom Müll, die Gefahren der zahlreichen Urantransporte sowie die mutmaßliche Unterstützung des Atomwaffenprogramms der USA durch Urenco und die völlig unklare Entsorgung des Gronauer Uranmülls.

Gleichzeitig unterstützen die Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände angesichts des Klimawandels die Forderung nach einem beschleunigten Kohleausstieg. RWE steht hier als größter Betreiber von Kohlekraftwerken und größter CO₂-Emittent Europas in der Pflicht.

RWE und EON halten jeweils ein Drittel am britisch-deutsch-niederländischen Urananreicherer Urenco, der in Gronau die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage betreibt. Das trinationale Konsortium beliefert u. a. die Brennelementefabrik in Lingen, von wo aus die Brennelemente in die belgischen Pannenreaktoren Doel 3 und Tihange 2, aber auch ukrainische Reaktoren nahe dem

Kriegsgebiet in der Ostukraine und erstmals seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 auch wieder Japan beliefert werden. Bislang ist die Urananreicherung vom Atomausstieg in Deutschland komplett ausgenommen. Atomkraftgegner und die IPPNW kritisieren dies seit langem und fordern die sofortige Stilllegung dieser Anlagen.

"Wir wollen RWE heute nochmal persönlich verdeutlichen, dass das Zeitalter der Atomenergie in Deutschland unweigerlich zu Ende geht. Dazu gehört zwingend auch das Ende der Urananreicherung in Gronau und die Abwicklung der Firma Urenco. Zudem versetzt es uns in große Sorge, dass RWE offenbar hinter verschlossenen Türen über einen noch in diesem Jahr bevorstehenden Verkauf der Urenco an ein japanisch/US-amerikanisches Konsortium verhandelt. Nach jahrelangen Protesten, auf den RWE-Jahreshauptversammlungen erwarten wir, dass sich RWE heute der Diskussion offen und kompromissbereit stellt," so Peter Bastian vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Starke Besorgnis haben Medienberichte ausgelöst, wonach Urenco Uran für Atomreaktoren in den USA anreichern soll, die sich am Atomwaffenprogramm der USA beteiligen. „122 Staaten haben letztes Jahr im Rahmen der Vereinten Nationen für ein Abkommen zum Verbot von Atomwaffen gestimmt. Darin steht, dass auch die Unterstützung der Herstellung von Atomwaffen verboten sein soll. Sollte sich bestätigen, dass durch Urenco angereichertes Uran für nicht-friedliche Zwecke verwendet wird, muss das aufhören“, fordert Johannes Mikeska von ICAN Deutschland

Die Praxis von Urenco wäre ein klarer Verstoß gegen die im Staatsvertrag von Almelo vereinbarte rein zivile Nutzung der Urananreicherung. "Die Beteiligung am Atomwaffenprogramm in den USA bedeutet das Überschreiten einer roten Linie und den Bruch des Staatsvertrags von Almelo durch Urenco. Da die USA über keine eigene Urananreicherung mehr verfügen, sind weitere derartige Bitten an Urenco mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Wir fordern von RWE als Anteilseigner bei Urenco sowie von der Bundesregierung als staatlicher Aufsicht über Urenco das sofortige Ende aller Lieferungen von angereichertem Uran, das direkt oder indirekt militärisch genutzt werden kann – eine Beteiligung am atomaren Wettrüsten ist absolut unverantwortlich," so Dr. Angelika Claußen, IPPNW-Präsidentin Europa.

Weitere Infos:

www.ippnw.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de

An die Redaktionen:

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen Ihnen heute vor und nach dem Gespräch mit RWE in Essen Dr. Angelika Claußen sowie Peter Bastian zur Verfügung:

Dr. Angelika Claußen (IPPNW): Tel. 0172 – 5882786

Peter Bastian (Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen): Tel. 0157 – 86 26 92 33